Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abbestellung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsende, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 24. Oktober 1931.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Belgien in der Krise.

(Von unserem Brüsseler Korrespondenten.)

SPD. Brüssel, Mitte Oktober (Eig.Berich

Auch Belgien, das mit Frankreich lange von der internationalen Wirtschaftkrise verschont geblieben war, ist nunmehr vom Strudel mitgerissen. Wohl steht die Währung, grossenteils dank der überaus vorsichtigen Thesaurierungspolitik der Nationalbank fest, aber wirtschaftlich geht es seit mehreren Monaten bereits immer schlechter. Ganze Industrien liegen danieder. Die Textil- und Glasindustrie machen die schwersten Zeiten durch, die sie je gekannt haben, die Kohlenbestände häufen sich auf den Halden wie noch nie zuvor. Auch die Metallindustrie, die Schiffahrt, der Handel sind schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Zahl der Vollarbeitslosen übersteigt die Zweihunderttausend, obwohl Belgien wie Frankreich zu Zeiten der Depression zu dem bequemen Hilfsmittel greifen kann und greift, den normalen Zuzug ausländischer Arbeitskräfte aufzuhalten und sogar einen Teil der bereits eingestellten oder ansässigen Fremdarbeiter wieder über die Grenzen abzustossen.

Ist die Währung trotz der Wirtschaftskrise zunächst ausser Gefahr, so hat die jäh absteigende Kurve der Konjunktur die Staatsfinanzen stark in Unordnung gebracht. Dazu hat schon das Hoover-Moratorium mit seinem Ausfall von mehreren Hunderttausend Francs vom Budget das seinige beigetragen. Hinzu kommt der überaus starke Rückgang an Steuereingängen jeder Art. In den nächsten Monaten wird mit einer sehr starken Erhöhung des Budgetdefizits gerechnet, zumal sich die durch die Entwertung des englischen Pfundes bedingte Verschärfung der englischen Konkurrenz auf die wichtigsten belgischen Industrien sehr empfindlich auszuwirken beginnt. Die Finanzschwierigkeiten haben die Regierung zunächst veranlasst, die von den Sozialisten schon seit Jahren scharf aber erfolglos bekämpften Grenzbefestigungsbauten aus Sparsamkeitsrücksichten zurückzustellen. Wohl hat die Regierung auf diese Bauten noch nicht grundsätzlich verzichtet, aber es ist ein starker Gewinn, dass die kommende internationale Abrüstungskonferenz wenigstens von belgischer Seite nicht vor eine schwer wieder gutzumachende Tatsache gestellt wird.

Auf politischem Gebiete haben die wachsenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, die darüber hinaus noch die Gefahr schwerer gewerkschaftlicher und sozialer Kämpfe heraufbeschwören, zunächst die Wirkung gehabt, Unsicherheit in die Reihen der gegenwärtigen katholisch-liberalen Koalitionsregierung zu tragen und ihr Selbstvertrauen zu untergraben. Um aus ihrer misslichen Lage herauszukommen, haben der Regierung nahestehende Kreise, zum Teil unter Zuhilfenahme sehr starker aussenparlamentarischer Einflüsse hinter den Kulissen die grössten Anstrengungen gemacht, um die Sozialisten in der einen oder andern Form zum Eintritt in die Regierung zu bewegen, und zwar trotzdem die Sozialisten schon früher mehrfach jeden derartigen Versuch unter Berufung auf einen formellen Parteitagsbeschluss auf das allerentschiedenste abgelehnt hatten. Gegenwärtig kommt es den Regierungsparteien vor allem darauf an, einen

Teil der Verantwortung für die zerrüttete Wirtschaft und Staatsfinanz auf die sozialistische Opposition abzuwälzen und freie Hand für kommende unpopuläre Massnahmen zu gewinnen. Die Arbeiterpartei ist auf diese Manöver natürlich nicht hineingefallen. Sie hält an dem Beschlusse fest, sich vor Neuwahlen an keiner Regierungsbildung zu beteiligen. Angesichts dieser Haltung verfielen die Koalitionsparteien auf den Gedanken, zum Zwecke vorzeitiger Neuwahlen eine Regierungskrise heraufzubeschwören, um so in einem neuen Parlament die dringend erforderlich erachtete Mitarbeit der Sozialisten zu gewinnen. Aber auch für diesen Fall wollten und konnten sie Sozialisten keinerlei Zusagen über ihre eventuelle Regierungsbeteiligung machen. Ob es unter diesen Umständen zu einer baldigen Regierungskrise kommt, ist noch ungewiss. Sie könnte, was auch der eventuell gewählte äussere Anlass sein mag, durch den drohenden starken Vorstoss der Agrarier heraufbeschworen werden, die einen immer gewaltigeren Druck auf die Regierung ausüben damit erhebliche Schutzzölle auf Getreide, Fleisch, Butter usw. eingeführt werden. Dagegen setzen sich ausser den Sozialisten auch verschiedene Kreise der Regierungsmehrheit energisch zur Wehr. Der Kampf darüber wird in der kommenden Parlamentssession jedenfalls recht erbittert sein.

In diese Situation fiel dieser Tage die aufsehenerregende Enthüllung Vandervel des, nach der die Regierung die Absicht hat, zur Deckung des Defizits über eine Milliarde kurzfristige Schatzscheine auszugeben. Nach einigen Tagen verlegenen Schweigens mussten die Regierungsblätter eingestehen, dass diese Absicht tatsächlich besteht und dass die vorbereitenden Schritte bereits getroffen worden sind. Um die innenpolitische Bedeutung dieser Tatsache zu würdigen, muss man bedenken, dass im Jahre 1926 die kurzfristigen Regierungsschatzscheine eine ganz besondere Rolle in der belgischen Politik gespielt haben. Damals wurde die sozialistisch-demokratische Regierung Poullet-Vandervelde durch ein Ultimatum der Banken, die die massive Einlösung der von einer früheren Regierung ausgegebenen Schatzscheine forderten, mit der Drohung der Währungszerrüttung zum Rücktritt gezwungen. Das hat die belgische Demokratie nie vergessen und seitdem ist die Politik der kurzfristigen Schatzscheinausgabe absolut verpönt gewesen. Nun will die bürgerliche Koalitionsregierung zu demselben Mittel greifen, und damit den Banken die Waffen liefern, die ihnen wieder die Diktatur im Staate ermöglichen soll.

Ueber diese Frage ist schon jetzt, vor Zusammentritt der Kammer, der heisseste Kampf entbrannt. Er dürfte die Politik der nächsten Wochen und Monate beherrschen.

SPD. Köln, 24.Oktober (Eig.Drahtb.)

In einer Aachener Versammlung machte der Kölner Reichstagsabgeordnete der Wirtschaftspartei Schneidewind nähere Mitteilungen über die Verhandlungen der wirtschaftsparteilichen Reichstagsfraktion mit den Harzburgern vor der entscheidenden Abstimmung über die Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning im Reichstag. Nach der "Kölnischen Volkszeitung" führte Schneidewind u.a. aus:

Bei den Verhandlungen mit der Harzburger Opposition sei erschütternd gewesen, was man den Unterhändlern der Wirtschaftspartei gesagt habe. Es stehe fest, dass die Kreise hinter Hugenberg unter allen Umständen eine Teilinflation gewollt hätten, um den Export wieder anzukurbeln und die Wirtschaft zu entschulden. Für die Wirtschaftspartei sei von vornherein klar gewesen, dass ein Währungsexperiment unter keinen Umständen in Frage käme, weil der Mittelstand in erster Linie der Geschädigte gewesen wäre. Hitler selbst habe Brünings Aussenpolitik die Arbeit eines Bettlers, der mit nichts komme, genannt und etwas geredet von 30 Divisionen und 3000 Bombenflugzeugen, mit denen Deutschland als der kontinentale Degen Englands kommen könne. Dann sei alles ganz anders.

SPD. Leipzig, 24.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Leipziger Wahlkreisparteitag der Wirtschaftspartei hat der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei am Sonnabend einstimmig sein Vertrauen ausgesprochen.

Der Landesausschuss Sachsen der Wirtschaftspartei, der am Sonnabend ebenfalls zu der durch die Abstimmung der Reichstagsfraktion geschaffenen Lage Stellung nahm, beschloss dahin zu wirken, dass die der Abstimmung voraufgegangenen Verhandlungen zur Bildung einer arbeitsfähigen "nationalen" Regierung wieder aufgenommen und fortgeführt werden.

SPD. New York, 24.Oktober (Eig.Drahtb.)

Laval hat am Sonnabend-Vormittag eine letzte Unterredung mit Hoover gehabt. Am Mittag war Laval Gast des Schatzsekretärs Mellon, mit dem er anschliessend eine längere Besprechung über finanzielle Fragen hatte. Nach der Unterredung mit Borah ist Laval nach dem Landhause Stimsons in Woodley gereist, wo er den Sonntag verbringen wird.

SPD. Rom, 24.Oktober (Eig.Drahtb.)

In Neapel feierte der Faschismus am Sonnabend in Anwesenheit Mussolinis mit grossen Demonstrationen den Tag, an dem vor 9 Jahren am gleichen Ort der Marsch auf Rom beschlossen worden war. In einer fast einstündigen Rede erläuterte Mussolini vor den aus allen Provinzen versammelten Faschistenführern die internationalen Ereignisse der letzten Zeit. Er beschäftigte sich besonders mit der politischen und wirtschaftlichen Krise in einigen europäischen Staaten. Bei der Behandlung von Parteiangelegenheiten verlangte er grösste Strenge gegen alle Ueberreste des Antifaschismus.

SPD. Der italienische Aussenminister Grandi ist am Sonntag in Berlin eingetroffen.

Der Verzicht Mussolinis auf einen Gegenbesuch in Berlin ist von den Berliner Stellen "amtlich" selbstverständlich tief bedauert worden. In Wirklichkeit fiel damit den deutschen Behörden ein schwerer Stein vom Herzen. Für die Sicherheit des italienischen Diktators auf deutschem Boden zu garantieren, wäre keine leichte Aufgabe gewesen. Seit Dezember 1922 hat Mussolini Italien nicht verlassen. Es ist erfreulich, dass er von dieser weisen Regel keine Ausnahme gegenüber Berlin gemacht hat, so dass die deutschen Behörden von einer überaus schweren Verantwortung befreit wurden.

Der Aussenminister Dino Grandi, der nun den Augustbesuch von Brüning un Curtius in Rom allein erwidert, ist ein getreuer Diener seines Herrn. Nachdem er jahrelang als Unterstaatssekretär seine Zuverlässigkeit bewiesen hatte, ernannte ihn Mussolini zum Aussenminister. Ein junger, eleganter, eifriger Diplomat, der es in den letzten Jahren verstanden hat, persönliche Sympathien auch in solchen Kreisen des Auslandes zu gewinnen, die das faschistische Regime als solches hassen und verachten. So ist man in den Kreisen der englischen Labourparty auf Grandi nicht schlecht zu sprechen. Er hat auf der Londoner Seeabrüstungskonferenz sehr geschicht die italienischen Interessen in solcher Form vertreten, dass sich schliesslich eine deutliche Einheitsfront England-Italien gegenüber Frankreich bildete.

Ueberhaupt ist der italienische Faschismus in aussenpolitischen Fragen sehr unvoreingenommen, sobald es dem italienischen Nationalinteresse geboten

erscheint. Diese Eigenschaft teilt er, wie so viele andere, mit seinem Antipoden, dem russischen Bolschewismus. Die russisch-italienische Freundschaft, die sich in gegenseitigen Flottenbesuchen, Festessen und herzlichen Zusammenkünften zwischen Grandi und Litwinow äussert, ist eine der absonderlichsten Erscheinungen der heutigen europäischen Politik. In derselben Zeit schmachten Tausende von italienischen Kommunisten in den Kerkern oder auf den Deportationinseln, oft nur wegen ihres Bekenntnisses zum Bolschewismus, während die Aussenminister Stalins und Mussolinis in freundschaftlichster Form miteinander verkehren und sich in Genf gegenseitig unterstützen.

Wir Sozialdemokraten gestehen, dass uns eine solche "Unvoreingenommenheit nicht liegt. Wir bringen es nicht fertig, unsere politische Ueberzeugung von d sogenannten Staatsinteresse vollständig zu trennen. Wir können keine freundschaftlichen Gefühle für die italienische Aussenpolitik aufbringen, und mag sie scheinbar noch so sehr den deutschen Interessen nützlich sein, solange das Gespenst Matteottis und Tausender von ermordeten Klassengenossen über dem Haupte des "Duce" schwebt. Es ist eine Pflicht der Aufrichtigkeit, dieses Bekenntnis zur Solidarität mit den Opfern des italienischen Faschismus gerade in den Tagen abzulegen, in denen der italienische Aussenminister in Deutschland weil, mag er persönlich auch noch so wenig mit dieser Blutschuld belastet sein.

Das soll uns jedoch nicht daran hindern, den italienischen Standpunkt zu unterstützen, wenn er uns sachlich gerechtfertigt erscheint. Das hat auch kürzlich die Leitung der Sozialistischen Arbeiter-Internatipnale getan, als sie sich beim Völkerbund für die Durchführung des italienischen Vorschlages eines Rüstungsfeierjahres einsetzte. Wir wissen wohl, dass die Motive dieses Antrage Grandi keineswegs pazifistischer Natur waren, aber seine Durchführung wäre für die Abrüstung nützlich gewesen.

Auch an die von den Deutschnationalen und Nationalsozialisten so eifrig kolportierte Version der "Deutschfreundlichkeit" der faschistischen Aussenpolitik glauben wir nie und nimmer. Das hat sich in den letzten Monaten deutlich genug gegenüber dem Zollunionsplan gezeigt, den die italienische Regierung fast noch schärfer bekämpfte als die französische und die tschechoslowakische. Hat doch sogar der italienische Vertreter vor dem Haager Gerichtshof Scialoja erklärt, dass die Durchführung der Zollunion den Krieg bedeuten würde Von der Ausrottung des Deutschtums in Südtirol wollen wir hier gar nicht reden Wenn es auch manchmal in Reden und Artikeln den Anschein hat, als ob der italienische Faschismus besonders "deutschfreundlich" ist, so wissen wir, dass di nur als Druckmittel auf Frankreich gedacht ist und dass der Faschismus jederzeit bereit ist, auch in anderen Fragen als der Zollunion und dem Minderheitenproblem sich auf die Seite der Sieger des Weltkrieges und der Nutzniesser der Friedensverträge von 1919 zu stellen.

Für das italienische Volk empfindet die deutsche Arbeiterklasse eine um so grössere Sympathie, als sie die Gewissheit hat, dass es unter der Tyrannei Mussolinis schwer leidet. Wir hoffen auf den Tag, an dem es uns möglich sein wird, diese freundschaftlichen Gefühle, die wir der italienischen Nation entgegenbringen, auch auf die Regierung dieses Landes auszudehnen.

SPD. Kiel, 24.Oktober (Eig.Drahtb.)

Das Holtenauer Schnellgericht hat bisher 34 Seeleute abgeurteilt. Insgesamt wurden bis jetzt 60 Monate Gefängnis verhängt.

SPD. Die Lohnverhandlungen der Gemeindearbeiter und Strassenbahner sind am Sonnabend nach zweitägiger Dauer ergebnislos abgebrochen und auf den kommenden Donnerstag vertagt worden.

Die Arbeitgeber forderten einen Abbau aller Löhne um 9 % ab 1.November (die Notverordnung sieht im Höchstfall 4½% vor), ferner die Beseitigung der Lohnschutzklausel aus dem Lohnabkommen vom Frühjahr und unbefristete Verträge mit monatlicher Kündigung. Die Arbeitnehmer vertraten die Auffassung, dass nach dem umfangreichen mehrmaligen Abbau im Laufe des Jahres weitere Lohnkürzungen unerträglich seien. Sie lehnten jeden weiteren Lohnabbau mit aller Entschiedenheit ab.

Die Arbeitgeber begründeten ihre Forderung mit der trostlosen Finanzlage der Gemeinden. Sie halten anscheinend die Gemeindearbeiter und Strassenbahner für ein geeignetes Objekt zur Milderung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Gemeinden. Die Gewerkschaften hielten demgegenüber daran fest, dass die Opfer, die die Gemeindearbeiter bereits gebracht haben, ganz gewaltig sind und in sehr vielen Fällen 30 und mehr Prozent des Einkommens betragen. Neben den direkten Lohnkürzungen im Ausmass von durchschnittlich 12 bis 14 % stünden enorme Lohnausfälle infolge Arbeitsstreckung zum Zwecke der Einstellung von Wohlfahrtserwerbslosen und der Verhinderung von Entlassungen. Zehntausende von Gemeindearbeitern und Strassenbahnern hätten Arbeitszeitkürzungen von 4, 8, 16, ja bis zu 24 Stunden pro Woche auf sich genommen. -

+

Nach einer Feststellung des Gesamtverbandes, die sich auf 20 Grosstädte mit rund 166 000 Arbeitern erstreckt, betragen die Lohneinsparungen in der Zeit vom 1.Januar 1931 bis 1.Oktober 1931 durch Verminderung der Belegschaften, Arbeitszeitverkürzungen und Lohnkürzungen rund 1 688 000 Mark pro Woche. Im Jahresausmass beträgt die finanzielle Entlastung in den 20 Gemeinden annähernd 88 Millionen Mark. Die 20 Stadtgemeinden beschäftigen etwa 50 % der Gemeindearbeiter und Strassenbahner. Die Gesamtsumme der Lohneinsparungen dürfte für die gesamten deutschen Gemeinden pro Woche etwa 3 Millionen Mark betragen und sich im Jahreausmass auf über 150 Millionen Mark beziffern. Bei einer Gesamtlohnsumme zu Beginn des Jahres von etwa 750 Millionen Mark betragen die bisherigen Lohneinsparungen rund 20 %. In Orten wie Berlin, Dresden, Hamburg, Breslau und Frankfurt wird dieser Prozentsatz zum Teil erheblich überschritten. Für Berlin wurden Lohneinsparungen von rund 25 %, für Hamburg 26,4 %, für Dresden 26,4 %, für Frankfurt 22,4 % und für Breslau 21,5 % festgestellt. Die Arbeitgeber waren nicht in der Lage, in den Verhandlungen diesen Feststellungen zu widersprechen.

Angesichts der ungeheuren Opfer, die die Gemeindearbeiter und Strassenbahner bisher gebracht haben, verlangen die Organisationen, dass Schluss gemacht wird mit weiterem Lohnabbau. Die Gemeinden beschwören durch ihre übersteigerten Forderungen ungeheure wirtschaftliche Kämpfe herauf. Bei Abschluss der Lohnbewegung im August dieses Jahres war einmütig bei allen Gemeindearbeitern die Auffassung vertreten: nun aber endlich Schluss mit diesem Lohnabbau! Ungeheuerlich ist es, dass die Gemeindeverwaltungen in ihren Forderungen weit über das Mass der Forderungen von Reich und Staat hinausgehen.

Die Tarifkommission der Gemeindearbeiter und Strassenbahner wird am Montag zu den Anträgen der Arbeitgeber Stellung nehmen.

SPD. Genf, 24.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Völkerbundsrat hat die endgültige Lösung des mandschurischen Konfliktes am Sonnabend wiederum vertagt und eine neue Zwischenentscheidung, die eine noch wesentlich gefährlichere Unsicherheit hinterlässt als die erste vom 30.September, gefällt. Mit allen Stimmen gegen die Japans wurde die japanische Gegenresolution abgelehnt und darauf in namentlicher Abstimmung wiederum ge-

gen Japans unerschütterliches Nein der Ratstext mit allen Stimmen angenommen.

Die mit der Annahme des Ratstextes geschaffene Lage wurde von Briand so gedeutet, dass die Resolution bis zum 16.November in den Händen Japans und Chinas sei. Er zweifle nicht daran, dass Japan bis dahin die Räumung fortsetzen und vielleicht sogar vollenden werde, sodass die Nachrichten der Parteien und der Ratsmächte über die Entwicklung in der Mandschurei im November vielleicht günstig ausfallen würden.

Der chinesische Vertreter Sze sprach sofort die Befürchtung aus, dass sich Briands gute Hoffnung nicht erfüllen werde, ja, dass sogar wenig Hoffnung auf eine Besserung überhaupt angebracht sei, da Japan auf Verhandlungen über unbekannte und weittragende Fragen bestehe und China nicht unter dem Druck einer fremden Besatzung verhandle. China behalte sich das Recht vor, die Einberufung des Rates früher zu verlangen, wenn es die Umstände erforderten.

Scialoja und Lord Cecil sprachen in den folgenden Dankreden an Briand davon, dass Briand auf dem begonnenen Wege fortschriten solle, die Ratsmitgliede würden ihm unbedingt folgen. Der deutsche Vertreter von Mutius trat den Zweiflern an der Wirksamkeit der Genfer Einrichtungen entgegen und stellte fest, dass es dem Rat trotz aller Schwierigkeiten gelungen sei, die Lage zu bessern und die Parteien einander zu nähern. Handelten diese nun im Geiste der Ratsentscheidung, dann würde der Enderfolg nicht ausbleiben. Der amerikanische Delegierte Gilbert dankte für die Anerkennung der Mitarbeit Amerikas. Dann vertagte Briand den Rat auf den 16.November.

SPD. Am Sonnabend trat in Berlin die 19.Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen zusammen. Der Bund ist mit über 450 000 Mitgliedern die grösste Kriegsopferorganisation. An der Tagung nehmen mit Ausnahme des Reichsfinanzministeriums Vertreter aller für Kriegsopferfragen zuständigen Behörden teil. Auch die Gewerkschaften haben Vertreter zur Tagung entsandt.

In seiner Eröffnungsrede wandte sich der erste Vorsitzende des Reichsbund Pfändner scharf gegen die Inflationstreiber. Gerade die Rentenempfänger wüsste nur zu gut, was für die ärmsten Bevölkerungskreise eine Inflation bedeute. Eben so machte Pfändner gegen das Treiben der Reaktion Front, die die Unterstützung der Opfer des Krieges als eine untragbare soziale Last hinstellten. Der Reichsbund werde sich mit allen Kräften dagegen wehren, dass die mit Blut erkauften Rechte der Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen beseitigt werden.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Senatspräsident Dr. Schulte-Holthausen sprach sein Bedauern darüber aus, dass von dem schon sehr dürftigen Strauss von Anträgen, die das Reichsarbeitsministerium zur Beseitigung der grössten Härten in der Versorgung der Kriegsopfer der Reichsregierung unterbreitete hatte, nur ein bescheidenes Blümchen übriggeblieben ist, nämlich die Änderung des § 62 des Reichsversorgungsgesetzes in der Form der Notverordnung vom 5.Juni. Dr.Schulte-Holthausen sprach die Erwartung aus, dass die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse bald wieder den Ausbau der Versorgung der Kriegsopfer gestatten möge. Von besonderer Bedeutung war seine Erklärung, dass sich die Reichsregierung darüber klar sei, dass ein weiterer Abbau der Versorgung der Kriegsopfer nicht mehr erfolgen dürfe.

Der zweite Bundesvorsitzende Noa beleuchtete an Hand vieler Beispiele die Verschlechterung des Versorgungsrechtes durch die Notverordnungen. Die Reichsversorgung gleiche heute beinahe einem Trümmerhaufen. Eine ganze Reihe von Rechtsansprüchen der Kriegsopfer seien in blosse Ansprüche umgewandelt worden, über die in letzter Instanz die Ministerialbürokratie zu entscheiden habe. Die zweite Notverordnung habe zum Ziel gehabt, einen Jahresbetrag von 113 Millionen Mark beim Kriegsopferetat einzusparen. Statt die Renten gleichmässig zu kürzen, habe man die sogenannten Ortszulagen geändert. Das habe

sich besonders verheerend für die Kriegsopfer in den ländlichen Gemeinden ausgewirkt. Bei den Leichtbeschädigten sei eine völlige Verwirrung in der Rentenstaffelung eingetreten. Erfreulicherweise sei es der parlamentarischen Vertretung des Reichsbundes und vor allem den Bemühungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gelungen, wenigstens einige Verbesserungen herauszuholen. Noa schloss mit der Forderung, dass soziale Gesetze nicht mehr durch Notverordnungen, sondern nur durch das Parlament geändert werden dürfen.

\+ + +

Der "Reichsbund", das Organ des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, beschäftigt sich in seiner Nr.20 mit der Notverordnung vom 6.Oktober. Ueber die Tätigkeit der Sozialdemokratie wird dabei folgendes anerkennende Urteil gefällt:

"Ohne den Reichsbund und seine ausgezeichneten parlamentarischen Verbindungen hätten selbst die vorstehend erwähnten Verbesserungen für die Kriegsopfer nicht durchgesetzt werden können. Nur dem Reichsbund und den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist dieser Erfolg zuzuschreiben. Das mit Dank hier festzustellen, ist uns umso mehr Ehrenpflicht, als wir leider wahrnehmen mussten, dass zwar Vertreter mancher anderer Parteien in der Agitation draussen im Lande den Mund recht vollgenommen haben, aber nicht in Erscheinung getreten sind, als es galt in Verhandlungen mit dem Reichskanzler und den Ressortministern für die praktische und tatsächliche Durchführung von Verbesserungen und Erleichterungen für die Kriegsopfer wirksam einzutreten. Die Gerechtigkeit gebietet uns, unter Wahrung unserer parteipolitischen Neutralität festzustellen, dass die Sozialdemokratie durch ihre Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid, Dr.Hertz, Aufhäuser und unseren Kameraden Rossmann sehr eindrucksvoll, energisch und erfolgreich für die Forderungen des Reichsbundes eingetreten ist."

SPD. London, 24.Oktober (Eig.Drahtb.)

Auf Cypern befindet sich die Bevölkerung bereits seit mehreren Tagen im Konflikt mit der britischen Verwaltung, der Polizei und der militärischen Besatzung. Der Konflikt hat bereits wiederholt zu blutigen Zusammenstössen geführt. In der Hauptstadt Nicosia sind die britischen Verwaltungsgebäude niedergebrannt worden. Die britische Regierung hat sich durch die Vorgänge veranlasst gesehen, von Kreta aus drei Kreuzer und zwei Zerstörer zu entsenden. Gleichzeitig wurden zwei Kompagnien Infanterie nach Cypern beordert.

Am Sonnabend wurden in mehreren Städten Razzien abgehalten. Fünf der massgebenden Führer der aufrührerischen Bewegung, darunter der Bischof von Larnaca wurden festgenommen. Die Gefangenen befinden sich auf einem englischen Kriegsschiff und sollen angeblich ins Ausland gebracht werden. Als die Verhaftung bekannt wurde, kan es zu neuen Zusammenstössen mit der Polizei und den Truppen, in deren Verlauf auf die Menge gefeuert wurde. Später verhängte der Gouverneur den Ausnahmezustand. Die Zahl der Todesopfer bei den Unruhen ist bisher noch nicht bekannt.

Ueber das Ziel der Bewegung auf Cypern sagt das englische Kolonialamt, dass auf eine Vereinigung der Insel mit Griechenland hingearbeitet und dazu die verbrecherischen Neigungen eines Teils der Bevölkerung ausgenutzt wurden. In Wirklichkeit sind 4/5 der Bevölkerung griechisch. Von den 15 gewählten Vertretern des Volksrates stellen die Griechen allein 12.

SPD. Zum Ausgleich für die Kürzung der Höchstdauer der Arbeitslosenunterstützung auf 20 Wochen (bei berufsüblich Arbeitslosen auf 16) hat der Reichsarbeitsminister nunmehr die Dauer der Krisenfürsorge entsprechend verlängert und zwar in der Weise, dass die Gesamthöchstdauer der versicherungsmässigen

Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung wie bisher 58 Wochen, bei über 40 Jahre alten Arbeitslosen 71 Wochen betragen kann.

Die Bestimmungen über die Prufung der Bedürftigkeit sollen nach der neuen Verordnung des Arbeitsministers noch mehr als bisher der Regelung angepasst werden, die in der öffentlichen Fürsorge gilt. Um eine möglichst zuverlässige Prüfung der Bedürftigkeit zu gewährleisten, sind uber die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsämtern einerseits, den Gemeinden und Gemeindeverbänden andererseits neue Bestimmungen getroffen. Auch ist die Entschädigung der Gemeinden für ihre Mitarbeit bei dieser Prüfung allgemein festgesetzt.

Die neuen Bestimmungen treten am 9.November in Kraft.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Eine Durchsuchung bei einem bekannten Berliner kommunistischen Funktionär führte am Sonnabend zur Auffindung eines bedeutenden Sprengstofflagers. Ausser dem reinen Sprengstoff wurden noch Vorrichtungen zur Herrichtung von Sprengkörpern sowie Sprenganweisungen vorgefunden. Da der Täter insbesondere durch seine illegale Tätigkeit in den Jahren 1921 bis 1923 bekannt ist, wurde zur Auffindung und Sicherung von Beweisspuren das kommunistische Parteihaus, das sogenannte Karl Liebknecht Haus, einer Durchsuchung unterzogen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Fliegende Geologen.

Den Kampf um die Arktis.- Die Arbeit der Prospektoren.- Lohnen sich die Kosten?

SPD.New York, Mitte Oktober (Eig.Ber.)

Der fliegende Geologe spielt eine wichtige Rolle in dem gewaltigen Kampfe um das eisgebundene, 800 000 Quadratmeilen umfassende Reich der kanadischen Arktis - ein Reich, das nicht früher erobert und ausgebeutet werden wird, bevor wir nicht hinlängliche Kenntnisse über seine Erz- und Kohlenvorkommnisse besitzen. Ueberall, wo das Vorhandensein von Erzvorkommnissen vermutet wird, werden von den "fliegenden Geologen" sogenannte Prospektoren abgesetzt, die den Auftrag haben, entsprechende Nachforschungen anzustellen. Nach etwa zwei Wochen kehrt jeweils der fliegende Geologe zum Prospektorenlager zurück,nimmt die Berichte entgegen, prüft die Proben und entscheidet, ob die Erforschung der Gegend weiterer Mühe und weiterer Kosten wert sei oder ob er die beiden Männer mit ihrer Ausrüstung nicht lieber ins Flugzeug nehmen und in verheissungsvolleres Gebiet bringen soll.

Bisher hat die Erforschung der kanadischen Nordwestterritorien von ihrer südlichen Grenze bis zur Eismeerküste, vom Mackenziestrom bis zur Hudson-Bay mehr als 5 Millionen Dollar gekostet. Noch aber hofft man auf die Entdeckung jener gewaltigen Erzlager, deren Ausbeutung ein Vielfaches der bisher verausgabten Dollarmillionen einbringen wird.

Eine Million Flugmeilen!

Während der letzten drei Jahre haben zuerst 17 und dann 24 Piloten mit ebensovielen Aeroplanen andauernd Erkundungsflüge durchgeführt. Während dieser Zeit haben sie mehr als 12 000 Fahrten mit Prospektoren unternommen, 1 700 000 Pfund Proviant und Ausrüstungsgegenstände transportiert und fast eine Million Meilen durchflogen. Nur ein einziger Pilot kam ums Leben - er landete auf einem See und ertrank. Nur wenige Flugzeuge gingen verloren, einige wurden beschädigt, stehen aber nach Vornahme von Reparaturen wieder im Dienst. Nicht ein Pfund Frachtgut ging verloren, und kein einziger Passagier verunglückte tödlich

Bei durchschnittlichem Wetter ist der Norden das Idealgebiet des Fliegers. Aber immerhin ist "Sicherheit" auch hier ein relativer Begriff. Ein Mann,der seine Sache gut versteht und ihr seine ganze Sorgfalt zuwendet, ist fast überall sicher. Aber für unangebrachten Wagemut hat man nur wenig Verständnis. Oft genug geschieht ohnehin das Unvorhergesehene und wirkliche Gefahr zwingt den erfahrenen und geschickten Piloten, allen Wagemut und alle Findigkeit aufzubieten, um sein Leben zu retten.

Einmal entschloss sich eine kanadische Gesellschaft aus Sparsamkeitsgrünen, ohne alterprobte Piloten auszukommen. Sie liess ihre Bergbauingenieure fünfzig Stunden für die Lenkung von Aeroplanen ausbilden und sandte sie dann die Arktis. Das Ergebnis war, dass die Gesellschaft sechs Flugzeuge, wenn ch glücklicherweise keine Menschenleben, verlor.

Gefährliche Landungen.

Kritische Landungen auf unbekannten Seen und unter ungünstigen Witterungsnältnissen können manchmal nicht vermieden werden. Die Byrd-Expedition hat tgestellt, dass die Horizontlinie überhaupt nicht wahrgenommen werden kann, n der Boden mit Schnee bedeckt und der Himmel so bewölkt ist, dass das diffu Licht keine Schatten wirft. Luft, Erdboden und Schnee lassen sich dann nicht neinander unterscheiden, und der Pilot kann nicht beurteilen, wo sich unter Grund befindet. Die Flieger der kanadischen Arktis kennen diese Gefahr nur

zu gut. Sie haben gelernt, ihr zu begegnen, indem sie im Winter stets möglichst niedrig fliegen und sich bemühen, den Erdboden nie aus der Sicht zu verlieren.

Drei Flugzeuge mussten in den der Herschel-Insel vorgelagerten Bergen landen. Sie hatten tiefe Cannons unter sich, ein starker Wind herrschte, Nebel war aufgezogen, der Erdboden schneebedeckt, und Bäume fehlten, die einen Anhaltspunkt für die Höhe geboten hätten. Nachdem der eine Pilot sorgfältig einem Cannon ausgewichen war, landete er sicher, und die beiden anderen Flugzeuge standen genau in den Schlittenspuren des ersten Halt. Nun stellte sich heraus, dass sie sich auf einem schmalen Felsvorsprung befanden. Sie erleichterten ihre Landung, wandten die Flugzeuge dem Abhang des Berges zu und glitten, die Aeroplane als Toboggans benützend, mit stark gedrosselten Motoren abwärts.

Ein anderer Pilot, der zu vorgeschrittener Jahreszeit flog und gezwungen war, auf schwachem Eis zu landen, warf seine Landung ab und liess seine Passagiere abspringen, ohne den Motor abzustellen. Das brüchige Eis krachte und splitterte dann unter den Kufen seines Apparates. Eine Verzögerung von nur einigen Sekunden hätte ihren sicheren Tod bedeutet.

Der noch immer unerreichte "Iglu".

Aber es genügt nicht, dass ein Pilot seine Maschine richtig zu lenken und zu behandeln versteht. Es genügt nicht, dass er Wunderwerke der Geschicklichkeit vollbringt wie jener, an dessen Aeroplan ein Propeller brach und der sich selbst aus Holz einen neuen zimmerte - und mit seiner Hilfe auch fliegen konnte! Der Pilot muss auch die Arktis und ihre Gesetze kennen.

Eine der begehrenswertesten Fertigkeiten des Nordens ist die Kunst, ein Eskimo-Schneehaus zu bauen. Man mag irgendwelche patentierten Seidenzelte und andere "Kälteschutz-" und "Windschutz"-vorrichtungen preisen, die sich auf Photographien trefflich ausnehmen und eine Menge Geld kosten. Doch im hohen Norden erinnert man sich allzuoft, dass keines von diesen Dingen sich auch nur im entferntesten mit dem "Iglu", dem Schneehaus der Eskimos, vergleichen lässt. Vor zwei Jahren zwang ein Blizzard zwei Expeditionsgesellschaften zu unfreiwilliger Rast - nicht weit voneinander entfernt. Sie mussten durch etwa zehn Tage auf den Eintritt günstigerer Witterung warten, die es ihnen ermöglichen sollte ihre Aeroplane aus dem Schnee auszugraben und davonzufliegen. Der einen Expeditionsgesellschaft gehörte ein Mann an, der ein "Iglu" bauen konnte: seine Gefährten wohnten in Wärme und Behaglichkeit, konnten sich täglich rasieren und regelmässige Mahlzeiten einnehmen, Die andere Gesellschaft wohnte in der überfüllten Kabine ihres Aeroplans und verbrachte den Grossteil ihrer Zeit damit, am ganzen Körper zitternd die Fährlichkeiten des hohen Nordens zu beweinen.

"Verschollen".

Wenn ein noch unerfahrener Pilot zu weiter Fahrt ausfliegt und in einer Entfernung von etwa hundert Meilen schlechtes Wetter antrifft, kehrt er zu seinem Ausgangspunkt zurück, um einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten. Aber der erprobte Pilot landet auf der Eisdecke des nächsten geeigneten Sees, packt seine Ausrüstung aus, tut, als ob er hier zuhause wäre, und fliegt wieder, sobald er kann. Denn jeder Apparat führt für den Notfall Jagd- und Lagerausrüstung mit. Das bekannteste Beispiel für in den letzten Jahren im kanadischen Norden auf diese Weise "verschollenen" Flieger bietet die Mac-Alpine-Expedition, die durch mehr als sechs Wochen mit einem Kostenaufwand von 250 000 Dollar gesucht wurde. In Wahrheit hatte die Expedition, die durch Benzinmangel zum Ueberwintern in der Arktis gezwungen war, keinerlei Menschenverluste; aber wären nicht ein guter Führer und einige Männer unter den Flugteilnehmern gewesen, die die Arktis und deren Gesetze genau kannten, wäre wohl keiner von ihnen mit dem Leben davongekommen.

K.

+ + +

Strecker-Revision. Der vom Schwurgericht Potsdam wegen Brandstiftung in Idealkonkurrenz mit Versicherungsbetrug zu einem Jahr Zuchthaus verurteilte Schriftsteller Karl Strecker hat gegen das Urteil durch seine Verteidiger Revision angemeldet. Revisionsgrund ist die Tatsache, dass Strecker um "das letzte Wort" gekommen ist, weil er während seiner Ausführungen am Schluss der Verhandlung einen Ohnmachtsanfall erlitt. Bevor Strecker wieder hergestellt war und seine Ausführungen beenden konnte, hatte sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen.

+ + +

Kleistpreis 1931. Der Schriftsteller Karl Zuckmayer, der diesjährige Vertrauensmann der Kleiststiftung, hat den Kleistpreis für 1931 zu gleichen Teilen dem Dramatiker Oedoen von Horvath und dem Romanschriftsteller Erik Reger zuerkannt. Oedoen von Horvath, ein in Bayern aufgewachsener deutsch-ungarischer Dichter, hatte in der vergangenen Spielzeit mit seiner "Italienischen Nacht" einen starken Theatererfolg, demnächst wird das "Deutsche Theater" in Berlin seine "Geschichten aus dem Wiener Wald" zur Uraufführung bringen. Der Rheinländer Erik Reger gab in seinem Roman "Union der festen Hand" eine aussergewöhnlich anschauliche Schilderung der interessanten Struktur des Ruhrreviers.

+ + +

Devaheim - "Tägliche Rundschau". Im Verlauf der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen über den Devaheimskandal hat sich u.a. herausgestellt, dass Gelder des evangelischen Bausparkonzerns zur Finanzierung der in Berlin erscheinenden "Täglichen Rundschau" verwandt worden sind. Das Darlehen ist seinerzeit durch Pfarrer Cremer in Potsdam und Generaldirektor Jeppel vermittelt worden. Der Verlag der "Täglichen Rundschau" erklärt hierzu, dass er keine Bedenken wegen der Annahme des Darlehens gehabt habe, da ihm versichert worden sei, dass die Darlehenssumme nicht aus Spargeldern stamme.

+ + +

Capone: 11 Jahre Gefängnis! Der amerikanische Bandenkönig Al Capone wurde vom Gericht in Chikago wegen Steuerhinterziehung zu 11 Jahren Gefängnis und 50 000 Dollar Geldstrafe verurteilt.

+ + +

Gefängnisurteil gegen Selo. Der Krefelder praktische Arzt Dr.med.Selo wurde nach achttägiger Verhandlung vom Gericht Krefeld wegen Verstosses gegen § 218 in sechs Fällen bei Zubilligung mildernder Umstände zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. In den übrigen Fällen, die zur Verhandlung standen, erkannte das Gericht auf Freispruch. Die Anklage auf Betrug war fallen gelassen worden. Der Verteidiger will gegen das Urteil Berufung einlegen.

+ + +

Zum Schafott getragen. In Saint Mihiel (Frankreich) wurde ein Italiener hingerichtet, der zu Beginn des Jahres eine alte Frau und ihren 15 jährigen Sohn ermordet hatte, um sie zu berauben. Der Verurteilte brach beim Anblick der Guillotine in furchtbare Schreikrämpfe aus und musste zum Schafott getragen werden.

+ + +

Rundfunkkongress in Rom. Die Internationale Union der Rundfunkgesellschaften hielt in Rom ihren Jahreskongress ab. Es waren 17 Staaten vertreten. Ueber die wichtige Frage der gegenseitigen Senderstörungen konnte keine Einigung erzielt werden; keiner der vertretenen Staaten wollte sich zum Abbau von Sendern entschliessen. Beschlossen wurde, den internationalen Programmaustausch auszubauen.

Gewerkschaftliche Rundschau

Der Konflikt bei der Reichsbahn.

Hilfe für die Schwerindustrie auf Kosten der Eisenbahner.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat zur Regelung des Lohnkonflikts bei derReichsbahn den Schlichter für die Rheinprovinz Dr.Joetten als Sonder=schlechter ernannt. Die Schlichtungsverhandlungen beginnen am Montag.

Die Forderung der Reichsbahnverwaltung, den Lohn um 3 bis 4 Pfennig pro Stunde zu kürzen, hat unter den Eisenbahnern stärkste Erregung hervorgerufen. Beim Einheitsverband liegen aus allen Bezirken Proteste vor,die sich ent=schieden gegen jeden Lohnabbau wenden und darauf aufmerksam machen,dass das schlimmste zu befürchten ist,wenn die Reichsbahnverwaltung nicht einlenkt. Der Vorstand des Einheitsverbandes sah sich daher veranlasst,am Sonnabend den ADGB und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion von der Lage im Reichs=bahnbetrieb in Kenntnis zu setzen. In der vom Verbandsvorsitzenden Scheffel geführten Besprechung erklärte sowohl Peter Grassmann, der Vertreter des ADGB, sowie Otto Wels als Vertreter der Reichstagsfraktion, dass sie es als ihre Pflicht erachten,sofort bei den zuständigen Regierungsstellen vorstellig zu werden, um diese über die Lage ins Bild zu setzen und im Interesse der Ei=senbahner zu wirken.

Infolge der zugespitzten Situation hat der Vorstand des Einheitsverbandes telegraphisch die grosse Lohnkommission des Verbandes einberufen.

+

Der Reichsbahnbetrieb ist eines der wenigen Unternehmen,die zur Zeit in Deutschland einen verhältnismässig gut ausbalancierten Etat aufzuweisen haben. Die Reichsbahn konnte trotz der hohen Reparationslasten,die sie nach ihren Angaben auch unter dem Hoover=Feierjahr aufzubringen hat, der Industrie Milli=onenaufträge erteilen,die ursprünglich nicht vorgesehen waren. So kam die Reichsbahn der Schwerindustrie im Juli dieses Jahres mit dem Arbeitsbeschaf=fungsprogramm in Höhe von 100 Millionen Mark zu Hilfe,wozu allerdings die Reichsregierung einen Betrag von 60 Millionen Mark beigesteuert hat. Zur Zeit ist die Reichsbahn abermals dabei, Aufträge in Höhe von rund 100 Millionen Mark an die gleiche Industriegruppe zu erteilen,die bereits beim Juli=Programm berücksichtigt worden war. Der erforderliche Geldbetrag soll aus der Reichs=bahnanleihe entnommen werden. Bei beiden Beschaffungsaktionen handelt es sich in erster Linie um Lieferung von Oberbaumaterial, das zum Teil viele Monate lang lagert und infolgedessen vom Rost angegriffen ist, ehe es zum Einbau ge=langt. Auch die Lokomotiv= und Wagenindustrie ist stets sehr fürsorglich von der Reichsbahn mit Aufträgen bedacht worden. Zur Zeit wird über eine neue Auftragserteilung für diese Industrie in Höhe von 75 Millionen Mark verhandelt. Dabei sind von rund 723 ooo Wagen 150 ooo als überflüssig aus dem Verkehr ge=zogen worden. Von diesen 150 ooo sind 38 ooo reparaturbedürftige Wagen, und davon wurden wiederum 32 ooo zurückgestellt, d.h. die Pflichtuntersuchung wurde nicht vorgenommen,weil man sie nicht braucht. Von 22 600 Lokomotiven sind 5 ooo aus dem Betrieb herausgenommen,und davon harren 2 450 der Reparatur. Wir haben also einen Fahrzeugüberfluss und zwar in einem Augenblick,wo ent=sprechend der Jahreszeit der Verkehr am stärksten ist. Angesichts dieser Zif=fern muss man die Frage aufwerfen,ob denn Ausgaben für neue Fahrzeuge eine zweckmässige Verwendung der Gelder darstellen.

Wir wollen die guten Absichten der Auftragserteilungen nicht verkennen. Allein man darf auch nicht übersehen, dass im Reichsbahnbetrieb selbst durch Zurückhaltung von Arbeit infolge von Geldmangel viel Arbeitslosigkeit entsteht, und selbst wenn man über diese Dinge hinwegsehen wollte - man könnte uns entgegnen, es sei ja schliesslich gleichgültig, wo die Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird - so bleibt doch die Tatsache bestehen, dass die Beschaffungspolitik der Reichsbahn zum guten Teil auf Kosten des Personals durchgeführt wird. Hier gibt es Grenzen.

Der Reichsbahnarbeiter ist durchaus im Recht, wenn er sich dagegen wehrt, dass er im Vergleich zur Schwerindustrie von seinem Arbeitgeber als Aschenbrödel behandelt wird. Sein Lohn ist seit 1930 im Durchschnitt um 13,9 Prozent durch Lohnabbau, Arbeitszeitverkürzung und Feierschichten gesenkt worden. Dazu tritt die Belastung durch die Krisensteuer. Im einzelnen wirkt sich diese Lohnsenkung jedoch noch viel gefährlicher aus. So mussten 58 000 Arbeiter der Reichsbahnausbesserungswerke in dem erwähnten Zeitabschnitt eine Lohnkürzung von 27,1 % und 35 000 Arbeiter der Bahnbetriebswerke und Güterabfertigung sogar eine Kürzung von 33,7 % über sich ergehen lassen. Und damit noch nicht genug; denn beim Abwägen dieser Ziffern muss noch in Rechnung gestellt werden, dass es sich bei der Errechnung der Prozentsätze um Durchschnittswerte handelt und dass also der einzelne Arbeiter in Wirklichkeit noch weit härter getroffen worden ist. Weiter kommt in Betracht, dass eine grosse Anzahl von Handwerkern Arbeitertätigkeit übernehmen musste und zum Teil in Orte mit niedrigerem Lohneinkommen überwiesen wurde. Infolgedessen verloren diese Leute auch noch den Gedingeüberverdienst. Wir übertreiben nicht, wenn wir feststellen, dass eine beträchtliche Zahl von Arbeitnehmern der Reichsbahn in einem Jahr bis zu 60 Prozent Lohneinkommen eingebüsst haben.

Vergleicht man die Beschaffungs- und die Personalpolitik der Reichsbahn miteinander, dann ergibt sich folgender bezeichnender Tatbestand: Der Voranschlag für die Beschaffung zu Gunsten der Industrie wurde beständig erhöht, während der Voranschlag für Lohnausgaben laufend gesenkt wurde. Wenn unter diesen Umständen der Eisenbahnarbeiter angesichts der neuen Lohnabbauforderungen der Reichsbahnhauptverwaltung in Erregung gerät - wer will sich darüber noch wundern?

SPD. Für die Gewährung von Sachleistungen in der Arbeitslosenfürsorge und für die Verbilligung des Lebensbedarfs der Arbeitslosen hat der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung folgende Anweisungen gegeben:

Der Vorstand hält es für geboten, dass in den Fällen, in denen Gemeinden oder Gemeindeverbände eine Verbilligung für Arbeitslose erzielen oder die Gewährung von Wohlfahrtsunterstützung in Sachleistungen einführen, die Arbeitsämter entsprechende Massnahmen für die bei ihnen unterstützten Arbeitslosen ergreifen. Ihre Zahl beträgt zurzeit annähernd 2½ Millionen, unter Einrechnung der Angehörigen, die zu den Familien der Unterstützungsempfänger gehören, 5½ bis 6 Millionen Menschen.

Naturgemäss kann die Reichsanstalt nicht dazu übergehen, anstelle der Barunterstützungen Sachleistungen in natura zu gewähren, also etwa Brot zu verteilen oder dergleichen. Es kann sich vielmehr nur um die Einrichtung eines Systems von Bezugs- oder Gutscheinen handeln. Im allgemeinen wird die Gewährung von Sachleistungen, wie der Vorstand annimmt, am einfachsten durch die Ausgabe von Bezugsscheinen durchgeführt werden können. Der Arbeitslose ist bei diesem Verfahren in der Annahme des Bezugsscheines frei und muss dem Einzelhändler die verbilligte Ware - unter Vorlage oder Abgabe des Scheines - selbst bezahlen. Soweit Gemeinden oder Gemeindeverbände verbilligte Lebens-

mittel auf Gutscheine abgeben wollen, dürfen die Arbeitsämter die Gutscheine zur Abgabe an die von ihnen betreuten Empfänger von Arbeitslosen=und Krisenunterstützung erwerben. Im allgemeinen wird die Abnahme auch solcher Gutscheine durch die Arbeitslosen freiwillig sein. Sofern endlich Gemeinden sich entschliessen sollten, die Abnahme von Gutscheinen anstelle einer Barunterstützung vorzuschreiben, hat der Vorstand der Reichsanstalt die Vorsitzenden der Arbeitsämter ermächtigt, einen Teil der Arbeitslosenunterstützung allgemein in Sachleistungen zu gewähren. Diese Ermächtigung ist zunächst auf die Gewährung von Gutscheinen auf Brot und andere Getreideerzeugnisse beschränkt; eine Ausdehnung auf andere Lebensmittel und auf Brennstoffe ist für den Fall, dass örtlich im Interesse der Arbeitslosen ein Bedürfnis bestehen sollte, dem Präsidenten vorbehalten. Wenn voneinzelnen Erzeugergruppen, insbesondere dem Kohlensyndikat, Bezugsscheine auf ihre Erzeugnisse zur Verfügung gestellt werden, so haben die Arbeitsämter die Scheine an die von ihnen betreuten Arbeitslosen weiterzugeben.

Die Einlösung von Gutscheinen und die Abrechnung mit den Lieferverbänden erfolgt nicht durch das Arbeitsamt, sondern bleibt Sache derjenigen Stelle, die die Gutscheine ausstellt.

SPD. Die am Sonnabend stattgefundenen Lohnverhandlungen bei der Reichspost sind ergebnislos verlaufen. Das Reichspostministerium liess erklären, die Reichsregierung habe beschlossen, den § 6 der Notverordnung vom 5. Juli für alle Reichsarbeiter gleichmässig anzuwenden. Danach wäre auch der Lohn der Reichspostarbeiter um 1 bis 4 Pfennig zu kürzen und gleichzeitig der Zuschlag für das erste Kind zu beseitigen. Anstelle dieser Kürzung sei aber nach den Bestimmungen der dritten Notverordnung auch die Herabsetzung der Grundlöhne um 4½ Prozent möglich, wobei der Kinderzuschlag weiter gewährt werden würde.

Die Gewerkschaftsvertreter protestierten nachdrücklich gegen dieses Diktat der Reichsregierung. Sie lehnten jede Lohnkürzung ab und vertraten ihren bereits schriftlich gestellten Antrag, die augenblicklich geltenden Löhne weiter zu gewähren, da die Notverordnungen eine solche Regelung nicht ausschlössen.

Die Vertreter des Reichspostministeriums waren zu einem Entgegenkommen nicht zu bewegen. Die Verhandlungen wurden auf den kommenden Mittwoch vertagt. In der Zwischenzeit wollen die Tariforganisationen versuchen, mit dem Reichspostminister persönlich zu verhandeln.

SPD. Die AEG stellt im Rahmen der Winterhilfe auf ihren Fabriktischen täglich etwa 1200 Mittagessen den Wohlfahrtsämtern zur Verfügung.

SPD. Das Arbeitsamt Greifswald hat dieser Tage in einem Bericht mitgeteilt, dass auf verschiedenen Gütern die versuchsweise Einsetzung einheimischer Zuckerrübenkolonnen mit welchselndem Erfolg gelungen sei. Unbestrittene Erfolge seien zu erzielen gewesen, wo den vermittelten Arbeitslosen für den ganzen Sommer Arbeit gegeben worden sei. "Hier", so betont das Arbeitsamt, "wurde der Beweis erbracht, dass die einheimischen die Leistungen der ausländischen Wanderarbeiter nicht nur erreichen, sondern auch zu übertreffen vermögen".

Es geht also auch ohne Ausländer!

Wirtschaft Technik Handel

Spritskandal.

(Die Hoffs und die Katzenellenbogens.)

SPD. Im Frankfurter Favagprozess haben wir vor einigen Tagen eine Szene erlebt, die sicherlich erschütternd gewirkt hat. Ein Aufsichtsratsvorsitzender zog sich aus. Wir sahen ihn minutenlang nackt. Ohne Apparat, ohne Mercedesauto, ohne Klubsessel und ohne Vorzimmer. Wir sahen einen hilflosen Menschen. Adolf Hoff, 64 Jahre alt. Von der Natur mit Geistesgaben sicherlich nicht verschwenderisch ausgestattet.

Aufsichtsratsvorsitzender wurde er in dem grössten Versicherungskonzern Deutschlands deshalb, weil sein Vater Mitbegründer der Gesellschaft gewesen ist und seinem Sohn sicherlich ein recht ansehnliches Paket von Favagaktien hinterlassen hatte. Im übrigen hatte Hoff Verständnis dafür, dass ein Aufsichtsratsvorsitzender "nicht kleinlich" sein darf. Diese Auffassung war gewissermassen sein Lebensprinzip. Nach Zeugenaussagen unterschrieb er alles, was ihm sein Generaldirektor Dumcke, der die Favag durch eine Schweinewirtschaft sondergleichen in die Pleite trieb, vorlegte. Dieser Mann hätte sogar sein Todesurte unterschrieben. In gewissem Sinne hat er das ja auch getan. Wenn sich so etwas wie Männlichkeit in diesem Aufsichtsratsvorsitzenden regte, dann wurde er von seinem Generaldirektor zurechtgewiesen: "Sie werden nicht prüfen, sondern akzeptieren!" Und Hoff entschuldigte sich: "Man wird doch noch mal fragen dürfen!" Das, durch Eid vor dem Frankfurter Gericht bestätigt, kennzeichnet die ganze Situation. Sie war so, dass dem Aufsichtsratsvorsitzenden bei der Favag die Bücher niemals vorgelegt wurden. Dagegen erhielt er für die Wahrnehmung einer Aufsichtsratssitzung, deren grösster Teil in einem festlichen Diner bestand, rund 20 000 Mark. Das riecht schon mehr nach Schweigegeld.

Hoff ist ein Typ und durch diesen Typ erklären sich erst die Vorfälle bei der Favag, im Linoleumtrust, bei der Nordwolle, bei Karstadt, bei Cords usw. Nicht immer heissen die Aufsichtsratsvorsitzenden Adolf Hoff. Aber sie sind Adolf Hoffs. Es handelt sich hier um System. Um ein Krebsübel. Um Tradition, die gewissermassen bei uns schon geheiligt ist. Um ein Ding, demgegenüber sich auch die Gesetzgebung resigniert abfindet. Um eine Vergiftung des Vertrauens.

Wenn es schlimm kommt, stellt man diese Leute noch als Repräsentanten der deutschen Industrie an die Öffentlichkeit. Man kostümiert sie als prominente Wirtschaftsführer, die dann die bekannten Reden gegen Marxismus, Sozialdemokratie und Gewerkschaften halten. Es ist gut, dass man diese Leute einmal nackt sieht. Der englische Anzug, das Auto und die prunkvollen Vorzimmer in den Verwaltungspalästen unserer Industriegesellschaften verbergen leider allzu viel. Sie sind gewissermassen schon architektonisch auf eine Autorität abgestellt, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist.

An all diese Dinge denkt man, wenn man von den Einzelheiten des Spritskandals erfährt. Eins der rentabelsten Objekte der deutschen Industrie, die Schultheiss-Patzenhofer, wird notleidend, muss Riesenabschreibungen machen und geht um Bankkredite betteln, weil der Generalgewaltige bei Schultheiss-Patzenhofer, Ludwig Katzenellenbogen, falsch spekuliert hat. Wahrscheinlich ist mit den vorläufigen Berechnungen der Schaden noch lange nicht repariert. Ganz verständlich, wenn man Aktien zu 295 % aufgekauft hat, die heute nicht

50 % wert sind. Man sagt, dass Katzenellenbogen gewissermassen gegen Schultheiss spekuliert habe - er habe, als die Schultheiss durch die Danat- und Commerzbank ihre eigenen Aktien zu überhöhten Preisen kaufte, Schultheiss-Aktien aus eigenem Besitz mit gutem Profit losgeschlagen. Man weiss nicht, wie es darum steht. Vorläufig ist Ludwig Katzenellenbogen, aus mehr als einer Skandalaffäre der letzten Jahre bekannt, aus dem Spritkonzern ausgeschieden.

Leider sehen wir die Dinge, die sich bei Schultheiss abgespielt haben, nicht nackt. Aber es sind da eine Reihe von Merkwürdigkeiten, auf die hingewiesen werden muss. Es gehört zum Kapitel Aufsichtsrat und Industriekontrolle.

Die oben erwähnten Spekulationsgeschäfte Katzenellenbogens für Rechnung des Spritkonzerns wurden von der Danatbank und der Commerzbank durchgeführt. Es waren Millionengeschäfte, bei denen Millionenverluste eintreten konnten und auch eingetreten sind. Die Leiter der beiden Bankkonzerne mussten im Bilde sei

Die ausschlaggebenden Männer sassen aber auch im Aufsichtsrat der Schultheiss-Patzenhofer, nämlich Jacob Goldschmidt von der Danat und Friedrich Reinhart, als äusserst rechtsradikal bekannt und anscheinend kommende Grösse unserer Rechtsradikalen, der von der Mitteldeutschen Creditbank her in die Commerz- und Privatbank kam. Vielleicht hatten beide zu viel zu tun. Goldschmi war mit fast 100 Aufsichtsratsmandaten belastet. Bei Friedrich Reinhart, der Ludwig Katzenellenbogen ja schon von der Mitteldeutschen Creditbank her verbun den war, sind es kaum weniger. Das ist schliesslich ein Entschuldigungsgrund. Leider sieht das die deutsche Gesetzgebung immer noch nicht ein.

Aber noch etwas anderes. Einer der leitenden Männer in der Commerzbank, Curt Sobernheim, ebenfalls Inhaber von einigen Dutzend Aufsichtsratsmandaten, weiss bereits im Herbst vorigen Jahres um das Spekulationsgeschäft Ludwig Katzenellenbogens und weiss auch, dass sich bereits Verluste in Höhe von 20 Milli nen Mark ergeben haben. Er sagt kein Sterbenswörtchen. Andererseits müssen wir konstatieren, dass ein Mitglied des Generaldirektoriums bei Schultheiss-Patzenhofer Walter Sobernheim heisst und der Bruder Curt Sobernheims ist. Wir wollen hier keine kausalen Zusammenhänge konstruieren. Wir wollen nur feststellen.

In diesem Zusammenhang wird weiter interessieren, dass im Aufsichtsrat vo Schultheiss-Patzenhofer, der den Generaldirektor Ludwig Katzenellenbogen kontrollieren sollte, zeitweise nicht weniger als drei Paar Katzenellenbogen sassen, Brüder und Neffen von Ludwig Katzenellenbogen. Andererseits wieder ist Ludwig Katzenellenbogen, den die Commerzbank durch ihren Vertreter bei Schultheiss-Patzenhofer nach dem Gesetz zu kontrollieren hat, Aufsichtsratsmitglied bei der Commerz- und Privatbank und hat in dieser Eigenschaft z.B. Friedrich Reinhart zu kontrollieren, der wiederum Ludwig Katzenellenbogen bei Schultheiss zu kontrollieren hat. Neben Ludwig Katzenellenbogen befanden und befinden sich im Aufsichtsrat der Commerz- und Privat-Bank auch noch andere Katzenellenbogen (siehe oben).

Man könnte von Neffenwirtschaft und von Clique sprechen und damit die Ang legenheit abgetan sein lassen. Wie sich die Aktionäre, die hier beträchtlich geschädigt werden, damit abfinden, ist ihre eigene Sache. Wenn sie dabei nicht die Hilfe des Gesetzes haben, wie das erforderlich wäre, dann ist das ihre eig ne Schuld. Denn sie haben ja in erster Linie bisher jeden Besserungsvorschlag bekämpft.

Skandal ist nur, dass hier grosse, in sich gesunde Unternehmungen an den Rand des Ruins gebracht werden. Dass man sich dann vor dem deutschen Volke hinstellt und sagt, das sei die Schuld des Marxismus, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Dass man dann die Löhne drückt, um die durch Leichtsinn und Unverantwortlichkeit entstandenen Verluste auszugleichen.

SPD. Der Spritkonzern (Schultheiss-Patzenhofer-Ostwerke) hat jetzt die ersten Schritte zu der Bereinigung eingeleitet, die durch die Ueberspekulation seines früheren Generaldirektors Ludwig Katzenellenbogen notwendig geworden ist.

Bei den Spekulationen handelt es sich, wie die Schultheiss-Patzenhofer mitteilt, um ein Aktienpaket von nominell 14,5 Millionen Mark Schultheiss-Patzenhoferstammaktien. Der Einstandspreis wird mit einem Durchschnittswert von 285 Prozent angegeben. Das entspricht einem Wert von über 40 Millionen Mark. Der Schultheisskurs dürfte aber jetzt sicherlich unter 50 Prozent liegen. Die Schultheiss hätte nach den durch Katzenellenbogen getroffenen Vereinbarungen das Aktienpaket zum Kurs von 285 Prozent schon im Jahre 1932 abnehmen müssen. Die Banken werden aber auch hier stillhalten und haben den Abnahmetermin auf Anfang 1934 verschoben. Die Schultheiss erhält so Zeit, ihre Dinge zu ordnen, und zwar werden sicherlich erhebliche Aktienpakete, besonders von brauereifremden Industrien, abgestossen werden. Die beiden Generaldirektoren Katzenellenbogen und Erich Penzlin sind ausgeschieden. Katzenellenbogen hat auch seine Aufsichtsratsmandate in einer Reihe von Gesellschaften niedergelegt, so bei den Schlesischen Portland-Zement- und Kalkwerken, bei der Siemens Glasindustrie, der Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München und bei der Norddeutschen Hefeindustrie in Berlin. Die Leitung der Schultheiss-Patzenhofer hat Dr. Schifferer übernommen.

Weiter teilt die Schultheiss-Patzenhofer mit, dass sich für das abgeschlossene Geschäftsjahr ein Bruttoüberschuss von 16 Millionen Mark ergibt. Immerhin hätte das Unternehmen, selbst in der gegenwärtigen Krisenzeit, mit einem Reingewinn rechnen können, der ungefähr um 9 Millionen Mark liegt, - wenn nicht starke Abschreibungen bei Schultheiss-Patzenhofer notwendig geworden sind und zwar infolge der durch Katzenellenbogen vollzogenen Fusion zwischen den Ostwerken und der Schultheiss-Patzenhofer. Die Abschreibungen, die mit den Spekulationsverlusten noch nichts zu tun haben, werden von Schultheiss-Patzenhofer mit 32 Millionen Mark angegeben, also einem erheblichen Teil des Aktienkapitals. Dafür stehen - die sogenannte Dividendenjauche bei Schultheiss hat immer erhebliche Gewinne gebracht, die nicht voll zur Ausschüttung kamen - stille und offene Reserven zur Verfügung. Der Bericht der Schultheiss-Patzenhofer verweist auf stille Reserven in Höhe von 20 Millionen Mark, auf die noch nicht verrechneten Fusionsreserven von 21 Millionen Mark und auf die offenen Reserven von 8,6 Millionen Mark. Das würde die Abschreibungen für das verflossene Geschäftsjahr decken und noch Raum für Abschreibungen aus den Spekulationsverlusten übrig lassen. Bei diesen Reserven handelt es sich aber auch wohl um Werte (Aktienpakete), die nicht oder nur mit Verlusten flüssig gemacht werden können.

SPD. Die Mechanische Weberei zu Linden hat in ihrer Aufsichtsratssitzung am Sonnabend beschlossen, ihr Stammkapital in Höhe von 13,5 Millionen Mark im Verhältnis von 10:1 auf 1,35 Millionen Mark zusammenzulegen. Das ist das Ende einer Entwicklung, die der Mechanischen Weberei Linden in der Pleiteserie von Favag bis zum Spritkonzern einen besonderen Platz sichert.

Das Unternehmen, das baumwollene Samte (Velvets) fabriziert und das eine der ältesten deutschen Aktiengesellschaften (Gründung in den 50iger Jahren des vorigen Jahrhunderts) ist, wurde in der Rationalisierungsperiode mit ihren steigenden Profitquoten von dem Ehrgeiz befallen, einen Velvettrust zusammen zu schweissen. Von Linden aus sollten die Velvetpreise diktiert werden. Man wollte das Velvetmonopol haben. Das hat man auch erreicht. In der Zwischenheit hat sich manches geändert, so auch die Mode. Die Frauenwelt verlor den Geschmack an baumwollenem Samt. Das hat sich natürlich geschäftlich auf den Velvettrust ausgewirkt. Aber im Grunde genommen rächen sich Ueberinvestitio-

nen und Ueberspekulationen von ungeheurem Ausmass.

Der Weg zum Velvettrust wird durch die Erwerbung der Velvetfabrik M.Mengers Söhne in Berlin gekennzeichnet. Das war im Jahre 1926. Die Aktien standen schon sehr hoch. Die Mechanische Weberei Linden zahlte die Mengers in bar aus. Dann kam der Aufkauf der deutsch-böhmischen Velvetfabrik Fröhlichs-Sohn in Warnsdorf (Tschechoslowakei), die Erwerbung der Rheinischen Velvetfabrik Neersen und die Uebernahme der Webereifirma Demisch & Engler in Zittau. Die Käufe erfolgten zu einer Zeit, wo die Aktien sehr hoch standen. Die Mechanische Weberei Linden musste, um ihren Trust zusammen zu bekommen, Ueberpreise zahlen. Viel Geld kostete auch der Ausbau der Absatzorganisation, besonders des Absatzapparates nach Nordamerika, wo man den Verkauf zu steigern hoffte. In Berlin wurde zu diesem Zweck eine Verkaufsgesellschaft, die Lindener Samt-Union, gegründet. Damit im Zusammenhang steht die Uebernahme der St.Georg Textile Corporation in New York und die Aktienübernahme der New York Hanseatic Corporation. Ausserdem leistete sich die Mechanische Linden eine grosszügige Rationalisierung, die Millionen kostete und auf eine Kapazität eingestellt war die man nicht ausnutzen kann. Es handelt sich also um die typischen Sünden des deutschen Rationalisierungsunternehmertums. Es wurde ohne Sinn und Verstand Expansion betrieben.

Alles das kostete natürlich Geld. Das Aktienkapital, das nach der Goldbilanzierung im Jahre 1924 rund 6 Millionen Mark betrug, wurde auf 13,5 Millionen verdoppelt, Dazu kam die Aufnahme von Anleihen. Es war die Zeit, wo Dr. Schacht den Gemeinden die Aufnahme von langfristigen Kreditem unmöglich machte und erklärte, die Aufnahme solcher Kredite durch private Gesellschaften brauche nicht kontrolliert zu werden, weil hier an sich schon alles in Ordnung sei. Wie sehr sich diese Finanzstrategen, die solches Zeug verzapften, getäuscht haben, beweist u.a. der Fall Mechanische Linden.

Obwohl in den guten Konjunkturjahren bei der Mechanischen Linden stille Reserven gebildet wurden - angeblich in Höhe von 50 Prozent des Aktienkapitals -, zeigte sich bald, dass die Entwicklung über die Kräfte des Unternehmens ging. Man hoffte aber, mit den vorhandenen Mitteln über die schlimme Zeit der Krise hinwegzukommen. Zu diesem Zweck ging man radikal an die Dividendenkürzung. Die Dividende betrug in den ersten Jahren nach der Stabilisierung 15 Prozent; sie wurde im Jahre 1928 auf 10 Prozent heruntergesetzt und fiel 1929 aus. Alles das half nichts, der Kapitalschnitt musste vorgenommen werden und man hätte nur wünschen können, dass sich die Mechanische Linden, die sicherlich innerlich gesund ist, dazu früher entschlossen hätte.

Der Schnitt ist sehr hart und legt den Aktionären starke Opfer auf. Im Grunde genommen ist es aber nur die Quittung für eine unzulängliche Geschäftsführung. Wir stellen das fest. In der Oeffentlichkeit wird man jedoch immer wieder erzählen, dass der Marxismus, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften Schuld seien.

SPD. In den ersten 3½ Monaten des laufenden Finanzjahres, d.h. von Anfang Juli bis Mitte Oktober beträgt der Fehlbetrag des Staatshaushalts der Vereinigten Staaten nicht weniger als 502,16 Millionen Dollar oder 2,11 Milliarden Mark. Danach bedeutet gegenwärtig jeder einzelne Tag für den amerikanischen Haushalt ein Defizit von etwa 21 Millionen Mark; sollten sich diese Verluste ein ganzes Jahr über fortsetzen, so würde sich die phantastisch erscheinende Summe von rund 7,7 Milliarden Mark ergeben. In der gleichen Zeit des vorhergehenden Finanzjahres hatte das Defizit nur 19 Millionen Dollar oder annähernd 80 Millionen Mark betragen. Diese Defizitwirtschaft ist für Europa von ausserordentlicher Bedeutung; insbesondere erklärt sie das Interesse vieler Amerikaner an einer Aufrechterhaltung der europäischen Schuldenzahlungen an die Vereinigten Staaten.

Lustlos.

(Berliner Getreidebörse vom 24.Oktober)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte in sehr stiller Haltung. Die Umsatztätigkeit hielt sich dabei in allerengsten Grenzen. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich bei der Eröffnung teilweise leichte Preisgewinne, die indessen z.T. im weiteren Verlauf wieder verloren gingen. Im Handel mit effektiver Ware war das Angebot nicht gross, jedoch auch die Nachfrage hielt sich in Grenzen. Die Stimmung war recht lustlos. Roggen hatte stetige Tendenz; auch Weizen in prompter Ware, soweit Umsätze erfolgten, wurde unverändert bewertet. Im Mehlhandel zeigte sich keinerlei Bewegung. Das Geschäft ist sehr klein; die Preise waren unverändert. Lediglich für billige Roggenmehle der Provinzmühlen hielt das rege Interesse an. Hafer hatte stetige Tendenz. Einige Partien fanden auf Basis der letzten Preise Aufnahme. Das Angebot war klein. Auch Futtergerste wurde zu letzten Preisen gehandelt. Braugerste blieb weiter umsatzlos.

	23.Oktober	24.Oktober
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	214 - 217	214 - 217
Roggen	185 - 187	185 - 187
Braugerste	163 - 173	163 - 173
Futter- und Industriegerste	154 - 162	154 - 162
Hafer	138 - 147	138 - 147
Weizenmehl	27,25-32,25	27,50-32,25
Roggenmehl	26,50-28,75	26,50-28,75
Weizenkleie	10,15-10,40	10,15-10,40
Roggenkleie	9,10- 9,60	9,10- 9,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 229½-229 (Vortag 229), Dezember 231 plus Brief (230½), März 239½ (239), Roggen Oktober 197-196½ (196), Dezember 196½ rep.Brief (197), März 203½ (203). Hafer Oktober 155 (-), Dezember 155 3/4 (154½), März - (162½).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 24.Oktober: Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I.Qualität 123, II.113, abfallende Sorten 99 Rm. Tendenz: stetig.

SPD. Die I.G.Farbenindustrie gibt für das dritte Vierteljahr 1931 einen optimistischen Bericht. Der Umsatz in Farben hat sich gegenüber dem Vorvierteljahr kaum verringert. In Düngemitteln ist der Auslandsabsatz - hier handelt es sich wohl um Ausfuhr von Stickstoff zu stark gedrückten Preisen im Rahmen des Stickstoffkonfliktes - gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres gestiegen; im Inland ist dagegen ein Rückgang zu verzeichnen, der sich wohl nicht zuletzt dadurch erklärt, dass die grossagrarischen Organisationen auf dem Lande eine starke Propaganda gegen den Kauf von Düngemitteln, Maschinen usw. entfalten. Leunabenzin findet nach dem Bericht der I.G.Farben steigende Beachtung und Photographika waren wie üblich saisonbelebt. Auf dem Kunstseidenmarkt hat die Verständigung auf dem Gebiet der Viscoseseide zu stärkeren Abrufen beigetragen.

Hinsichtlich der englischen Ereignisse (Pfundentwertung) wird erwähnt, dass die I.G.Farbenindustrie bei ihrem grossen Exportgeschäft durch die Entwertung des englischen Pfundes und der skandinavischen Währungen stark betroffen ist. Die sonstigen Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise liessen sich in ihren ungünstigen Folgen noch nicht übersehen.